V-4-334: Kein Gott, kein Staat, kein Überwachungsapparat!

Antragsteller*innen Sebastian Hansen

Von Zeile 333 bis 334 einfügen:

sich ziehen. Diskriminierungsfreiheit und Antirassismus müssen zentraler Bestandteil der Ausbildung von Staatsbediensteten sein. Zudem müssen menschenfeindliche Einstellungen, Handlungen und die Verwicklung in extrem rechte Strukturen dazu führen, dass die betroffenen Polizeibeamt*innen zügig und dauerhaft aus dem Dienst entfernt werden.

Begründung

Zuletzt wurden immer wieder, bspw. in Hessen, Verwicklungen von Polizist*innen in extrem rechte Strukturen aufgedeckt, in Augsburg wurde ein Polizist verurteilt, der einen Geflüchteten rassistisch beleidigt und verprügelt hatte und in München schickten sich Polizist*innen antisemitische Nachrichten zu. Es ist klar, dass Polizist*innen, die menschenfeindliche Einstellungen besitzen, entsprechende Handlungen begehen oder in extrem rechte Strukturen involviert sind, auf keinen Fall im Staatsdienst verbleiben können. Wir sollten deswegen fordern, dass Polizist*innen in solchen Fällen deutlich schneller aus dem Beamt*innenverhältnis entfernt werden.